

Volksentscheid statt Kriegsgeschrei!

Für eine basisdemokratische Lösung des Ukraine-Konflikts

- Vortrag in der St. Willehadi-Gemeinde in OHZ am 21.11.2023 -

Gliederung:

0. Begrüßung und Dank
1. Die ewige Friedensutopie
2. Politik durch die Betroffenen
3. Namhafte Befürworter von Volksentscheiden
4. Zur Strategie der Umsetzung

0. Begrüßung und Dank

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, das Thema "Volksentscheid statt Kriegsgeschrei! - Für eine basisdemokratische Lösung des Ukraine-Konflikts" hier vorstellen und diskutieren zu können.

1. Die Friedensutopie

Ich möchte mit einer literarisch-philosophisch-theologischen Überlegung zum Friedensthema beginnen. Als erstes mit einer Strophe aus Bert Brechts „Solidaritätslied“, das er um 1930 verfasst hat. Es heißt dort:

„Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber,
enden ihre Schlächterein
reden erst die Völker selber,
werden sie schnell einig sein.“

Brecht entwirft vor dem Hintergrund des 1. Weltkriegs, der Weltwirtschaftskrise und angesichts der stärker werdenden NSDAP eine globale Friedensutopie und benennt die friedensschaffenden Akteure, die „Völker“, während ihre Regierungen in seiner Wahrnehmung offenbar zum Frieden nicht fähig sind. Diese Utopie ist nie Wirklichkeit geworden. Statt dessen wurde Adolf Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt und schickte die Deutsche Wehrmacht 1939 in den Zweiten Weltkrieg.

Frieden ist ein universeller Menschheitstraum. Weihnachten wird oft als Friedensfest bezeichnet, in Anlehnung an die Geburtsgeschichte im Lukas-Evangelium, in

der ein Engel den Hirten auf dem Felde die Geburt des Heilands, des Retters, verkündet. Diese Szene mündet in ein grandioses finale furioso:

„Plötzlich war bei dem Engel die Menge der himmlischen Heerscharen, die Gott lobten und sprachen: „Herrlichkeit ist bei Gott in der Höhe und Friede auf Erden unter den Menschen seines Wohlgefallens!“ (Lk 2,13-14).

Auch diese Verheißung harret noch ihrer Erfüllung.

2. Politik durch die Betroffenen

Nun in die harte Realität der heutigen Zeit. In Kürze geht der „russische Angriffskrieg“ gegen die Ukraine ins dritte Jahr, und Experten zufolge ist kein Ende abzusehen, weil sich beide Seiten auf einen langen Abnutzungskrieg einstellen. Zählt man noch die Kämpfe zwischen den Separatisten im Donbass und der Anti-Terror-Operation der ukrainischen Armee seit 2014 hinzu, dauert der Krieg bald solange wie der epische Konflikt des Altertums, der Krieg um Troja.

Der Vorschlag einer zeitnahen Beendigung des Krieges durch international überwachte Volksentscheide über die territorialen Streitfragen ist angesichts dieser Situation sachgerecht und zielführend. Das könnte so gehen: Man befragt die Menschen, die betroffen sind, die in den umkämpften Regionen wohnen, welche staatliche Verfasstheit ihre Region haben soll, respektiert ihr Votum und setzt es politisch um. Die Entscheidung würde damit den Kriegsherren aus der Hand genommen und der nächst höheren Instanz übergeben, dem Souverän, der Bevölkerung.

Die Menschen in den umkämpften Oblasten Krim, Donezk, Luhansk, Saporischja und Cherson würden so selber entscheiden ob sie zu Russland oder zur Ukraine gehören wollen, ob sie innerhalb dieser Staaten einen Autonomiestatus wünschen, ob sie gänzlich unabhängig sein wollen oder sich mit anderen Regionen zusammenschließen möchten, quasi als Puffer zwischen Russland und der Ukraine. All diese Möglichkeiten könnten Gegenstand von Volksentscheiden sein.

Die Lösung des territorialen Konflikts durch Volksentscheid hätte viele Vorteile:

1. Der Krieg könnte in absehbarer Zeit beendet werden. Das gegenseitige Morden fände ein Ende und die Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen würde gestoppt.
2. Es gäbe weder einen Sieger noch einen Besiegten. Selenskyj und Putin könnten ihr Gesicht wahren und sich sogar gegenüber ihren geschundenen Völkern als Friedensstifter profilieren, weil sie dem Volk das Entscheidungsrecht übertragen haben.
3. Die Gefahr einer Eskalation des Konflikts wäre gebannt.
4. Die Rüstungsmilliarden könnten für zivile Zwecke verwendet werden.
5. Die Umwelt würde nicht länger durch explodierende Granaten und brennende Panzer belastet, und die Vergeudung von Arbeitskraft und Rohstoffen für die Aufrüstung könnte ein Ende finden.
6. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland mit Sanktionen und Gegensanktionen

könnte einer erneuten Kooperation zum Wohle aller Länder weichen.

3. Namhafte Befürworter von Volksentscheiden

Es gibt einige namhafte Befürworter von Volksentscheiden in recht unterschiedlichen politischen Lagern:

So sagt Henry Kissinger, Amerikas Elder Statesman (Weltwoche Spezial vom 23.02.2023, S. 9):

„Wenn der Vorkriegsgrenzverlauf zwischen der Ukraine und Russland nicht militärisch oder durch Verhandlungen erreicht werden kann, könnte auf den völkerrechtlichen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts zurückgegriffen werden. In besonders strittigen Gebieten, die im Laufe der Jahrhunderte wiederholt den Besitzer gewechselt haben, könnten international überwachte Referenden abgehalten werden.“

Ähnlich sieht es auch der linke Friedensaktivist Noam Chomsky (Weltwoche Nr. 9, 02.03.2023, S. 26-28):

„Prüfen sollte man auch die Möglichkeit, ein international überwacht Referendum über die sogenannten umstrittenen Regionen durchzuführen, die Russland illegal annektiert hat, inklusive Donbass. Damit liesse sich feststellen, was die Bevölkerung wirklich will.“

Und auch Sahra Wagenknecht hat sich für Volksentscheide ausgesprochen am 19. April 2023, damals noch Bundestagsabgeordnete der Linken, im Rahmen eines Podiumsinterviews zum Thema „Frieden und Gerechtigkeit – aber wie?“ in Chemnitz:

„Bei den besetzten Gebieten wäre in meinen Augen die Ideallösung, zunächst mal die Waffen schweigen zu lassen, UN-Beobachter in die Gebiete zu schicken, dass dort keine Übergriffe, keine Verbrechen, keine Repression passiert, und dann, nach einer gewissen Zeit, wenn sich das alles etwas normalisiert hat, wirklich die Bevölkerung einfach zu fragen. Und bei der Krim, würde ich sagen, ist relativ klar, wie das ausgeht, aber das ist dann halt so. Und im Donbass muss man eben sehen, wie es ausgeht, sollen doch die Leute entscheiden, die vor Ort leben, zu welchem Land sie gehören wollen.“

4. Zur Strategie der Umsetzung

Das schwierige politische Kunststück ist die Durchsetzung dieser Idee des Volksentscheids. Sahra Wagenknecht skizziert einen Ablaufplan: Erst Waffenstillstand, dann UN-Beobachter, und nach einer Zeit, „wenn sich das alles normalisiert hat“ der Volksentscheid.

Doch wie erreicht man einen Waffenstillstand? Wie erreichen wir, dass sich beispielsweise die Bundesregierung bei den Kriegsparteien, bei den USA, der Nato und EU für einen Waffenstillstand stark macht? Wie kann man überhaupt erst mal

die Bundesregierung selber als international tätige Konfliktpartei von der friedensstiftenden Wirkung des Volksentscheids überzeugen?

Das wird nicht ohne grundlegende Überzeugungsarbeit durch die Bevölkerung möglich sein. Man könnte auch sagen: Es müsste ein entsprechender öffentlicher Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden.

Denn die Bundesregierung strebt ja derzeit genauso wenig wie die westliche Wertegemeinschaft insgesamt eine Verhandlungslösung an. Ihnen gilt Putin seit dem Angriff der russischen Armee am 24. Februar 2022 als Aggressor, der einen „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ gegen seinen Nachbarn vom Zaun gebrochen hat. Nun sei Solidarität mit der Ukraine angesagt, worunter der Westen neben der finanziellen Unterstützung für Kiew vor allem Sanktionen gegen Russland und Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine versteht. Durch diese Doppelstrategie soll der Aggressor zurückgeworfen und der Frieden wieder hergestellt werden.

Auch die Formulierung der jeweiligen Kriegsziele durch die unmittelbaren Kriegsgegner lassen keinen Spielraum hinsichtlich der territorialen Frage erkennen. Selenskyj will erst verhandeln, wenn die russische Armee das Staatsgebiet der Ukraine verlassen hat, und Putin lässt keine Bereitschaft erkennen, auf bereits annektierte Gebiete zu verzichten, im Gegenteil.

In ihrem „Manifest für Frieden“ ermuntern Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht die Kriegsparteien und ihre Unterstützer zu einer Verhandlungslösung, wenn sie schreiben:

„Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten.“

Dieser Vorschlag ist an sich nicht verkehrt, stieß aber sofort bei der Ampel Regierung auch in Person von Annalena Baerbock und bei der oppositionellen CDU auf heftigen Widerspruch, es hieß:

Wenn man von der Ukraine „Kompromisse“ erwarte, so würde das auf territoriale Zugeständnisse an Russland hinauslaufen, z.B. auf den völkerrechtlich verbindlichen Verzicht auf die Krim und die Abtretung des Donbass. Damit aber hätte sich Putins Überfall auf die Ukraine gelohnt und könnte Appetit auf mehr machen. All das aber würde dem Völkerrecht und der regelbasierten internationalen Ordnung widersprechen. Die Forderung nach Waffenstillstand, Verhandlungen und Kompromissen wäre eine Parteinahme für Putin. Zudem müssten die von Russland besetzten Gebiete auch aus humanitären Gründen befreit werden, da die Russen die dortige Bevölkerung unterdrücken und drangsalieren würden. In diesem Zusammenhang fällt in der Regel der Name „Butschas“ als Synonym für russische Kriegsverbrechen.

Dieser abwehrenden Haltung und dem Vorwurf der Parteinahme für die russische Position könnte die Friedensbewegung entgehen, wenn sie die Forderung nach einem Volksentscheid erhebt. Die Entscheidung über die staatliche Verfasstheit der umkämpften Gebiete würde somit in die Hände der betroffenen Bevölkerung gelegt, die dann selber entscheiden kann, was sie will, z.B. ob sie unterdrückt wird

oder nicht. Damit könnte man dem Vorwurf entgehen, Handlanger Putins zu sein, denn auch Putin würde bei einem Volksentscheid riskieren, dass gegen ihn gestimmt wird und er seine Kriegsziele nicht erreicht. Zudem würde der Begriff des "Kompromisses" inhaltlich gefüllt: Der Kompromiss bestünde darin, dass Selenskyj und Putin auf eine militärische Lösung des Konflikts verzichten und sich auf international überwachte Volksentscheide als Verfahren zur Befriedung des Konfliktes einigen.

Ich hoffe, die für das deutsche Publikum ungewohnte Idee des Volksentscheids trifft auf eine positive Resonanz in der Bevölkerung, denn diese Idee ist staats- und friedenspolitisch naheliegend und plausibel.

Der erste Schritt zur Propagierung eines Volksentscheids zur Beendigung des Ukraine-Krieges und zum nötigen Aufbau des öffentlichen Drucks wäre eine Verständigung der deutschen Friedensbewegung auf eine entsprechende umfassende nationale Kampagne. Bündnispartner müssten gewonnen werden in allen Bereichen der Gesellschaft, bei Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden, Medien, Sportvereinen, Parteien und anderen Organisationen wie "Mehr Demokratie e.V.", Künstler, Generäle und Oberste a.D. usw.

Die "Solidarität" mit der Ukraine sollte nicht länger militärisch definiert werden, sondern friedenspolitisch. Das rettet Menschenleben und bewahrt die materiellen Lebensgrundlagen vor der Zerstörung.

Durch die Friedensdemonstration und Kundgebung in Berlin am nächsten Sonnabend, den 25. November 2023, könnte der Vorschlag des Volksentscheids als Weg zur Beendigung des Ukraine-Krieges schlagartig eine bundesweite Popularität erreichen. Wenn diese Idee denn durch Transparente, Flugblätter, Redebeiträge und Interviews in den Medien propagiert werden würde.

Die Diskussion heute könnte ein Impuls für diesen Prozess sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

